

I. Demokratie als Grundlage eines modernen Staates

1. Einführung – Erläuterung zum Begriff

Demokratie heißt wörtlich "Herrschaft des Volkes". Über die eigene Regierung mitbestimmen, frei die eigene Meinung äußern: in Deutschland sind das relativ junge Errungenschaften.

Demokratien wollen nahezu alle Länder der heutigen Welt sein. Kaum ein politisches Regime bezeichnet sich nicht als demokratisch. Selbst autoritäre Herrschaftssysteme in Asien, Afrika und Lateinamerika berufen sich ebenso auf die Demokratie wie traditionell demokratische Länder der westlichen Welt. Das galt gleichermaßen für die zusammengebrochenen "realsozialistischen" Systeme Mittel- und Osteuropas, die sich als "Volksdemokratie" oder "sozialistische Demokratie" bezeichneten.

Was ist eigentlich Demokratie? Die deutsche Wiedergabe des griechischen Wortes als "Volksherrschaft" ist nicht sehr aussagekräftig. Das Volk kann Herrschaft auf verschiedene Weise ausüben. In den kleinen überschaubaren Stadtstaaten des antiken Griechenlands kam das Volk, das waren damals die freien Männer, auf dem Marktplatz zusammen und stimmte über die Gesetze ab. In den heutigen Großstaaten ist diese Form direkter Demokratie nicht mehr praktikabel. Das Volk kann in der modernen Massendemokratie die Herrschaft nur mittelbar und indirekt ausüben, indem es sie auf Vertreter (Repräsentanten) überträgt.

Wortschatz:

heißen	nazywać się, tu:znaczyć
Herrschaft, die	władza
Volk, das	naród, lud
Regierung, die	rząd
mitbestimmen	współdecydować
die eigene Meinung äußern	wyrazić(własne) zdanie
Errungenschaft, die	osiągnięcie
Land, das	kraj,
alle Länder der heutigen Welt	wszystkie kraje dzisiejszego świata
sein	być
kaum	prawie nie
ein politisches Regime	polityczny reżim, też: system polityczny
bezeichnen(sich)	określić (się)
berufen sich auf(Akk.)	powoływać się na
gelten(galt)	obowiązywać
zusammenbrechen, zusammengebrochen	upadać, ulegać zniszczeniu
die deutsche Wiedergabe	niemiecki przekład, wersja niemiecka
Volksherrschaft, die	władza ludu
(die)Herrschaft auf verschiedene Weise ausüben	sprawować władzę(w różny sposób)
Stadtstaat, der	państwo - miasto
auf dem Marktplatz zusammenkommen	zebrać się na rynku
über (die Gesetze) abstimmen	decydować o..., głosować nad (prawami)
mittelbar	pośrednio
Vertreter, der(Repräsentant, der)	przedstawiciel
übertragen (auf Akk.)	przekazywać (komuś, czemuś)

I. FRAGEN UND AUFGABEN ZUM TEXT:

1. Was bedeutet (wörtlich) das Wort Demokratie?
2. Welche Herrschaftssysteme berufen sich auf das Prinzip der Demokratie?
3. Wie kann das Volk die Herrschaft ausüben?
4. Übersetzen sie unten genannte Artikel und finden sie ähnliche Inhalte in der polnischen Verfassung!

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Mit diesem Artikel legt das Grundgesetz die Demokratie als die Grundlage und den Rahmen unserer Verfassungsordnung fest. Die Demokratie des Grundgesetzes kann auf einige wenige Prinzipien zurückgeführt werden:

Artikel 20

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

II. ÜBUNGEN:

A. Ergänzen Sie die fehlenden Wörter:

Regierung, Parteien, König, Bürgerrinnen, Wahl

Demokratie heißt: Alle Bürger und haben die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein und kein General. Alle Menschen dürfen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche....., die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die Bürger Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten eine andere Regierung wählen.

B. Setzen Sie die entsprechenden Verben ein:

erfolgen, muss, stehen, vorkam, gab

In einer Demokratie alles, was der Staat tut, nach den Regeln der Verfassung und der geltenden Gesetze In Deutschland diese Regeln im Grundgesetz. Der demokratische Staat ist also immer auch ein Rechtsstaat.

In Deutschland es von 1949 bis 1990 einen zweiten deutschen Staat, die "Deutsche Demokratische Republik", abgekürzt DDR. Obwohl im Staatsnamen der Begriff "Demokratie"....., war die DDR aber keine Demokratie.

2. Repräsentativsystem

Die Verfassungsgeber haben sich für ein reines Repräsentativsystem entschieden. Das Volk übt die Staatsgewalt nicht direkt aus, sondern überträgt sie durch Wahlen Repräsentanten, den Abgeordneten, die in seinem Auftrag die Entscheidungen im Staat treffen. Die in Art. 20 Abs. 2 genannten Abstimmungen sind nur für den Fall einer Neugliederung der Länder vorgesehen. Einer solchen Neugliederung muss die betroffene Bevölkerung durch Volksentscheid zustimmen.

Dagegen enthalten fast alle Landesverfassungen Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide. Die Entscheidung gegen die Aufnahme von Elementen direkter Demokratie in das Grundgesetz wurde durch die negativen Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik beeinflusst. In den letzten Jahrzehnten wurden immer wieder Forderungen nach einer direkten Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen laut. Der Erfolg der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR gab diesen Forderungen neuen Auftrieb. Die entsprechenden Anträge fanden in der Verfassungskommission von 1992 jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Wortschatz:

Verfassungsgeber,der	ustawodawca
sich für(ein reines Repräsentativsystem) entscheiden	zdecydować się na(opowiedzieć się za)....
die Staatsgewalt (nicht direkt) ausüben	sprawować władzę państwową
Wahlen, die(Pl.)	wybory
Abgeordnete,der,die	poseł
im Auftrag	na zlecenie, w imieniu
die Entscheidungen im Staat treffen	podejmować decyzje dotyczące państwa
Abstimmung, die	głosowanie
für etw. vorgesehen werden, sein	być przewidzianym dla jakiegoś celu
durch Volksentscheid	poprzez referendum
zustimmen	wyrazić zgodę
enthalten	zawierać
Landesverfassung, die	konstytucja landu(części adm. państwa)
Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide	ustalenia dot. społecznych inicjatyw ustawodawczych i referendum
die Entscheidung gegen(Akk.)	rozstrzygnięcie
Forderung(die) nach(Dat.)	żądanie (czegoś)
Beteiligung der Bürger an(Dat.)	udział obywateli w..
Erfolg, der	sukces
Bürgerbewegung, die	ruch obywatelski
neuen Auftrieb geben	nadać nowego wymiaru
die entsprechenden Anträge	odpowiednie wnioski
die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden	znaleźć wymaganą większość 2/3

I. FRAGEN ZUM TEXT:

1. Wofür haben sich die Verfassungsgeber betreffs der Ausübung der Staatsgewalt in Deutschland entschieden?
2. Auf welche Weise übt das Volk die Staatsgewalt aus?
3. Welche Bestimmungen enthalten fast alle Landesverfassungen?

4. Warum hat sich der Gesetzgeber für Aufnahme von Elementen direkter Demokratie ins Grundgesetz nicht entschieden?

5. Was wird unter dem Begriff Zweidrittelmehrheit verstanden?

II. ÜBUNGEN

A. Setzen Sie die fehlenden Verben ein!

wurden, sind, lebten, standen, bist, hatten(2x),suchen

Du ein Bürger oder eine Bürgerin, deine Freunde und Freundinnen auch. Heute nahezu alle Menschen Bürger zum Beispiel von Deutschland, [Frankreich](#), [Italien](#) oder anderen Staaten. Früher Menschen "Bürger" genannt, die im Umkreis einer Burg und das Recht , bei Kriegsgefahr innerhalb der Burgmauern Schutz zu Dieses Recht etwa die Bauern oder die fahrenden Händler und Gaukler nicht. Auch Gäste der Burg oft unter einem anderen Recht als die Bürger.

B. Bilden Sie Fragen zu den kursivgedruckten Wendungen!

Aus dem Begriff "Bürger" entwickelte sich das "Bürgertum". Das waren die Stadtbewohner und -bewohnerinnen. Das Bürgertum unterschied sich durch seine Arbeit, seine Kleidung, seine Wohnungen und Umgangsformen von den anderen Schichten der Gesellschaft. Heute spielen diese Unterschiede keine Rolle mehr und alle Bürgerinnen und Bürger eines Staates haben die gleichen Rechte und Pflichten.

3. Argumente für und gegen direkte Demokratie

Pro: Die Zeit ist gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten direkter Beteiligung an politischen Entscheidungen einzuräumen. Das Deutschland von heute ist mit der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Demokratisches Bewusstsein und Informationsgrad der Bevölkerung sind heute ungleich höher als damals.

Pro: Die Verfassungen der meisten alten und aller neuen Länder der Bundesrepublik sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene vor. Sie sind auch vielfach praktiziert worden, teilweise mit großem Erfolg und ohne negative Begleiterscheinungen.

Pro: Der Missbrauch von Plebisziten kann dadurch ausgeschlossen werden, dass zu bestimmten Problemen – etwa Haushalt, Steuern, Außenpolitik – Volksbefragungen nicht zugelassen werden.

Pro: Die Mindestbeteiligung kann hoch angesetzt werden, um die Durchsetzung von Minderheitsinteressen zu verhindern.

Pro: Es können lange Fristen für eine umfassende Information der Bevölkerung vorgesehen werden, um Manipulationen und Entscheidungen aufgrund kurzfristiger Stimmungen zu erschweren.

Pro: Das repräsentative System wird durch direkte Bürgerbeteiligung nicht abgeschafft, sondern ergänzt. Das Parlament bleibt der Ort politischer Auseinandersetzung und Entscheidung. Volksabstimmungen können jedoch das Parlament zwingen, sich mit Themen zu befassen, die die Gesellschaft bewegen.

Kontra: Der Parlamentarische Rat hat sich aufgrund der Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik für eine reine Repräsentativdemokratie entschieden. Es gibt keinen Grund, an dieser Entscheidung zu rütteln.

Kontra: Elemente direkter Demokratie sind auf kommunaler und Landesebene wegen der Überschaubarkeit der zu entscheidenden Fragen und der geringen Zahl der Abstimmungsberechtigten praktikabel. Für die komplexen Probleme der Bundespolitik sind sie nicht geeignet.

Kontra: Für Volksbefragungen müssen komplizierte politische Probleme auf eine einfache Ja-oder-Nein-Alternative reduziert werden. Entscheidungen in der pluralistischen Demokratie sind aber auf Kompromisse angelegt.

Kontra: Aktive, gut organisierte Minderheiten können ihre Sonderinteressen durchsetzen. Ebenso kann es zur Missachtung von Interessen nicht durchsetzungsfähiger Mehrheiten kommen.

Kontra: Der Manipulation würde Tür und Tor geöffnet. Macht würde denen zufallen, die die dem Volk vorzulegenden Fragen formulieren und Zugang zu den Medien haben. Direkte Demokratie ist eine "Prämie für jeden Demagogen" (Theodor Heuss).

Kontra: Ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz kann leicht den Anschein größerer Legitimität gewinnen. Es ist auch weniger korrigierbar als parlamentarische Entscheidungen. Es könnte sich die Tendenz entwickeln, das Parlament nur noch weniger wichtige Fragen entscheiden zu lassen.

Wortschatz:

Möglichkeiten einräumen	dać możliwości
Beteiligung(die) an(Dat.)	udział w

(nicht) vergleichbar sein	(nie) być porównywalnym
Bewusstsein, der	świadomość
Bevölkerung, die	ludność, naród, lud
Verfassung, die	konstytucja
vorsehen	przewidywać
auf Landes- und kommunaler Ebene	na płaszczyźnie kraju i samorządu
Begleiterscheinungen(Pl.)	zjawiska towarzyszące
Missbrauch, der	nadużycie
ausgeschlossen werden	zostać wykluczonym
Haushalt, Steuern, Außenpolitik	bużet, podatki, polityka zagraniczna
zugelassen werden	być dopuszczonym
Mindestbeteiligung ansetzen	wyznaczyć granicę minimalnego progu udziału w (np. referendum)
(die) Durchsetzung von Minderheitsinteressen	przeforsowanie, zrealizowanie interesów mniejszości
verhindern	uniąć
lange Fristen	długie terminy
kurzfristige Stimmungen	urabianie opinii publicznej w krótkim okresie czasu
Bürgerbeteiligung, die	udział obywateli (u. społeczny)
abschaffen	zlikwidować
Ort politischer Auseinandersetzung	miejsce dyskusji politycznej
zwingen	zmuszać
sich mit Themen befassen	zajmować się tematem
entscheiden sich für (Akk.)	decydować się (na)
rütteln an(Dat.)	poddawać coś w wątpliwość
Überschaubarkeit	przejrzystość
Abstimmungsberechtigte, der, die	uprawniony do głosowania
geeignet sein	nadawać się na
auf Kompromisse angelegt sein	być nastawionym na kompromis
Sonderinteressen durchsetzen	realizować (przeforsować) interesy dot. jakiejś wybranej grupy
Missachtung von Interessen	lekceważenie interesów
es kann zu..... kommen	może dojść do....
(einer Sache) Tür und Tor öffnen	torować czemuś drogi
Macht würde denen zufallen	władza przypadłaby tym....
ein per Volksabstimmung beschlossenes Gesetz	ustawa uchwalona poprzez referendum (o której zdecydowano w referendum)
gewinnen	zyskać

I. FRAGEN ZUM TEXT:

1. Welche der genannten Argumente pro und kontra Demokratie finden Sie für akzeptabel?
2. Versuchen Sie dieses Thema zu besprechen und mit Freunden zu diskutieren.
3. Berücksichtigen Sie dabei die Tatsache, dass auch unser Land demokratisch (der Verfassung nach) ist.

II. ÜBUNGEN:

A. Ordnen Sie ein!

GESELLSCHAFT

A. So, wie es unterschiedliche Regierungsformen gibt, so gibt es auch unterschiedliche Gesellschaften auf dieser Welt.

B. Sie leben zusammen in der gleichen staatlichen Ordnung und im gleichen Wirtschaftssystem, und für alle gelten dieselben Gesetze.

C. In einem Staat leben viele unterschiedliche Gruppen und Gemeinschaften.

D. Alle Gruppen und Gemeinschaften gehören zur Gesellschaft eines Staates.

E. Das können gemeinsame Ziele sein oder die gleiche Herkunft, eine gemeinsame Religion, ein besonderes Vertrauen zueinander oder auch andere Dinge.

F. Es gibt bestimmte Sachen, die diese Gruppen und Gemeinschaften verbinden.

1	2	3	4	5	6
C					

B. Lesen Sie den Text und dann ergänzen Sie die Antworten !

Wahlen

In der Demokratie wählen die Bürgerinnen und Bürger Personen und Parteien, von denen sie eine Zeitlang im Parlament vertreten werden wollen. Diejenigen, die gewählt sind, werden in die Volksvertretung, das Parlament, geschickt. In Deutschland ist das der Deutsche Bundestag. Dort versuchen die Abgeordneten, also die Volksvertreter und Volksvertreterinnen, das Beste für ihre Wählerinnen und Wähler zu erreichen.

Im Grundgesetz steht in Artikel 38, dass die Wahlen allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein müssen. "Allgemein" heißt, dass alle Staatsbürger wählen können, unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder anderen Dingen. "Unmittelbar" ist eine Wahl, die ohne Wahlmänner und Wahlfrauen stattfindet. Man wählt eine Partei oder einen Kandidaten direkt, ohne dass jemand anders daran mitbeteiligt ist. Die Wahl ist "frei", wenn man von niemandem zu einer bestimmten Wahl gedrängt wird, wenn man wirklich frei entscheiden kann. "Gleich" heißt, dass jede Stimme gleichviel zählt - alle Stimmen sind gleich wichtig. "Geheim" bedeutet, dass die Wähler den Stimmzettel so ausfüllen können, dass niemand anders sehen kann, was darauf geschrieben wird.

- Die Volksvertretung ist..... .
- Nach dem Grundgesetz sind die Wahlen
- Unter dem Begriff "allgemein" wird verstanden, dass..... .
- "Unmittelbar" bedeutet, dass..... .
- Die Wahl ist "frei", wenn..... .
- "Gleich" heißt..... .
- "Geheim" garantiert dem Wähler

III. Grundgesetz als rechtliche Grundlage der Ordnung im Staat

1. Einführung in den Begriff

Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte: Die deutsche Verfassung definiert grundlegende Prinzipien der Ordnung in Deutschland. Dabei war das Grundgesetz zunächst nur als Provisorium gedacht.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland und damit dem "Geltungsbereich des Grundgesetzes" bei. Damit wurde der Auftrag der Präambel des Grundgesetzes an das deutsche Volk erfüllt, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Alle Deutschen leben in einem Staat mit völkerrechtlich gesicherten Grenzen und mit einer Verfassung, die sich in 60 Jahren bewährt hat und von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen als die beste Verfassung seiner Geschichte angesehen wird.

Wortschatz:

Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte	Suwerenność narodu, podział władzy, poszanowanie praw człowieka
Verfassung, die	konstytucja
grundlegende Prinzipien der Ordnung	podstawowe zasady porządku, ustroju
Grundgesetz, das	ustawa zasadnicza
Geltungsbereich des Grundgesetzes	zakres obowiązywania
beitreten	przystąpić
der Auftrag der Präambel wird erfüllt	Misja preambuły zostaje spełniona.
vollenden	Tu: dokonać się
völkerrechtlich	pod względem prawa międzynarodowego
überwiegende Mehrheit	przeważająca większość
bewähren sich	przetrwać
als... angesehen werden	być uważanym za...

I. FRAGEN ZUM TEXT:

1. Was definiert die deutsche Verfassung?
2. Wie beurteilen die Deutschen eigens Grundgesetz?

II. ÜBUNGEN:

- A. Bilden Sie Sätze mit kursivgedruckten Satzteilen!

Verfassung

In seiner Verfassung legt ein Staat fest, nach welchen Regeln er organisiert ist und wie das Zusammenleben der Menschen funktionieren soll. Die Verfassung beschreibt **das politische System**, also wie das Land regiert werden soll.

Soll es zum Beispiel **eine frei gewählte Regierung** oder einen König geben?

Welche Rolle sollen Parteien spielen?

Es wird festgelegt, was die Regierung darf, was sie nicht darf, welche Macht die Polizei, die Streitkräfte oder **andere Staatsorgane** haben.

Vor allem aber ist festgeschrieben, welche Grundrechte den einzelnen Menschen zustehen, damit sie frei und **ohne staatlichen Zwang** leben und arbeiten können.

Kein anderes Gesetz darf den Bestimmungen dieser Grundordnung widersprechen. In Deutschland wird die Verfassung "Grundgesetz" genannt.

B. Bilden Sie Fragen zum Text!

Verfassungsprinzipien

Ein "Prinzip" ist eine feste Regel oder ein Grundsatz. Verfassungsprinzipien sind also die Grundsätze, die unsere Verfassung prägen. In unserer Verfassung sind in Artikel 20 des Grundgesetzes die Verfassungsprinzipien festgelegt: Wir leben in einer Demokratie. Das heißt, dass das Volk in Wahlen bestimmt, wer regieren soll. Wir leben in einem Sozialstaat. Das heißt, dass der Staat dafür sorgen muss, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen können.

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das heißt, dass der Staat und alle Bürger die Gesetze achten müssen. Wir leben in einem Bundesstaat. Das heißt, dass die 16 Bundesländer, aus denen die Bundesrepublik Deutschland besteht, jeweils eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament und eine eigene Verwaltung haben. Die Bundesländer müssen auch bei der Gesetzgebung beteiligt werden. Außerdem gilt für unseren Staat die Gewaltenteilung. Und wenn jemand versuchen sollte, unsere demokratische Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand.

2. Weimarer Verfassung

Am 31. Juli 1919 verabschiedete die in Weimar tagende Nationalversammlung die "Verfassung des Deutschen Reichs", die Weimarer Verfassung. Das Reich wurde eine demokratische parlamentarische Republik. Dieser zweite Versuch, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie westlicher Prägung zu schaffen, stieß von Beginn an auf erhebliche Vorbehalte. Die demokratischen Kräfte in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft blieben schwach. Die Republik scheiterte an den Lasten des verlorenen Krieges und an wirtschaftlichen Krisen, die zur politischen Radikalisierung und zur Abwendung vieler Bürger von der Demokratie führten.

Wortschatz:

die Verfassung verabschieden	uchwalić konstytucję
werden	stać się, zostać
eine parlamentarische Demokratie westlicher Prägung schaffen	stworzyć demokrację parlamentarną typu zachodniego
Versuch, der	próba
von Beginn an	od początku
erheblich	znaczny
Vorbehalt, der	zastrzeżenie
stoßen auf (Akk.)	spotkać się z...
Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft	polityka, administracja, gospodarka, społeczeństwo
Kraft, die	siła, moc
bleiben	pozostać
scheitern	nie powieść się, nie udać się
Last, die	ciężar, koszt
der verlorene Krieg	przegrana (stracona) wojna
Abwendung, die	zapobieżenie,
führen zu(Dat.)	prowadzić do

I. FRAGEN ZUM TEXT:

1. Wann wurde "Verfassung des Deutschen Reichs" verabschiedet?
2. Welche politische Ordnung wurde gewählt?
3. Warum scheiterte die Republik?

II. ÜBUNG:

- A. Übersetzen Sie den Text. Verwandeln Sie die Verbformen ins Perfekt. Passen Sie auf getrennte Verben auf!

Nationalversammlung

In einer Nationalversammlung kommen Menschen zusammen, die gewählt werden, um für die Nation wichtige Entscheidungen zu treffen. Die erste Nationalversammlung bildete sich in Frankreich zu Beginn der Französischen Revolution im Jahre 1789. Sie verstand sich als Vertretung aller Bürger und erarbeitete

eine Verfassung . Die Nationalversammlung schaffte die Monarchie ab und übertrug die Macht im Staate dem Volk.

In Deutschland kam die erste Nationalversammlung während der Revolution von 1848/1849 in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Sie hatte das Ziel, eine neue Verfassung für ganz Deutschland zu entwerfen. Weil die Revolution scheiterte, wurde die Nationalversammlung aufgelöst.

Erst 1919 nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des deutschen Kaiserreiches wurde wieder eine Nationalversammlung einberufen. Diese oberste Volksvertretung tagte in Weimar. Sie beschloss eine demokratische Verfassung für Deutschland nach dem Grundsatz: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte erhielten auch die Frauen das aktive und passive Wahlrecht . Nach dem Scheitern der Weimarer Republik trat erst wieder nach dem Zweiten Weltkrieg eine verfassunggebende Versammlung zusammen. Das war der Parlamentarische Rat. Er entwarf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland , das seit 1949 gilt.

In vielen Ländern der Welt, so in den meisten afrikanischen Staaten , wird das Parlament als "Nationalversammlung" bezeichnet. In der Bundesrepublik Deutschland sowie in den meisten europäischen Ländern, mit Ausnahme von Frankreich, gibt es den Begriff der Nationalversammlung nicht mehr.

3. Verfassungsreform

Das Grundgesetz erfährt mehr Zustimmung als alle bisherigen deutschen Verfassungen. Wo Kritik geübt wird, zielt sie nicht auf die verfassungsmäßig festgelegte Ordnung, sondern auf die politische Praxis, die an den hohen Ansprüchen des Grundgesetzes gemessen wird und ihnen nicht immer genügen kann. Damit die Verfassung nicht ständig von wechselnden politischen Mehrheiten geändert werden kann, sind hohe Hürden errichtet worden. Eine Änderung des Grundgesetzes bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates (Art. 79 Abs. 2).

Bis 2008 ist das Grundgesetz 52-mal geändert worden, mehr als 165 Artikel wurden abgeändert, neu eingefügt oder aufgehoben. Zu den wichtigen Änderungen zählen die "Wehrverfassung" von 1956 und die Notstandsgesetzgebung von 1968, die der gewandelten Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Staatsystem Rechnung trugen, sowie die zahlreichen Veränderungen der Zuständigkeiten von Bund und Ländern, zuletzt 2006 die Föderalismusreform. Bedeutsam waren auch die Senkung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre, die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Verfassungsbeschwerde und die Einsetzung des Wehrbeauftragten.

Durch die fortschreitende Auflösung der DDR und die sich abzeichnende Wiedervereinigung entstand eine neue Lage. Nach dem Grundgesetz gab es zwei Wege, die deutsche Einheit herzustellen. Nach Art. 146 konnte eine neue Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland ausgearbeitet werden, die das Grundgesetz abgelöst hätte. Den anderen Weg eröffnete der frühere Art. 23. Danach konnten "andere Teile Deutschlands" dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten. Die schnelle Vereinigung entsprach dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Menschen in der DDR und war auch durch die außenpolitische Lage geboten. Die am 18. März 1990 neu gewählte Volkskammer der DDR beschloss am 23. August 1990 mit großer Mehrheit den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach dem damaligen Art. 23.

Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde das Grundgesetz geändert, um der neuen Situation Rechnung zu tragen. In der Präambel heißt es jetzt, das Grundgesetz gelte für "das gesamte Deutsche Volk". Der bisherige Art. 23, der den Geltungsbereich des Grundgesetzes für "andere Teile Deutschlands" offenhielt, ist entfallen. Durch den Beitritt der neuen Länder hat sich die Zusammensetzung des Bundesrates geändert, das Stimmenverhältnis wurde neu festgelegt (Art. 51).

Ein neuer Art. 23 schuf die verfassungsmäßige Grundlage für die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union (EU). Der Bundestag kann, heißt es dort, Hoheitsrechte auf die EU übertragen. Die Einführung des Euro machte es notwendig, den Artikel über die Bundesbank zu ergänzen. Aufgaben und Befugnisse der Bundesbank können der Europäischen Zentralbank übertragen werden (Art. 88).

Zu den wichtigen Änderungen des Grundgesetzes in den folgenden Jahren gehört die Änderung des Asylrechts (1993). Asyl kann danach nicht mehr beanspruchen, wer aus einem sicheren Drittland einreist oder aus einem Land stammt, in dem es keine politische Verfolgung gibt (Art. 16a). Ergänzt wurde (1998) auch der Artikel über die Unverletzlichkeit der Wohnung. Auf richterliche Anordnung können Wohnungen abgehört werden (Art. 13). Weitere wichtige Änderungen und Ergänzungen betreffen die Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3) aus dem Jahr 1994 und die Einführung des Staatsziels, die "natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere" zu schützen (Art. 20a) aus dem Jahr 2002.

Wortschatz:

(die)Zustimmung erfahren	tu: posiadać przyzwolenie, zyskiwać aprobatę
mehr als ...	więcej niż ...
(die)Kritik wird geübt	wyrażać krytykę
(die) Ansprüche des Grundgesetzes	wymagania ustawy zasadniczej

an etw. gemessen werden	mierzone wg. czegoś
genügen	wystarczać
sind hohe Hürden errichtet worden	utworzono duże przeszkody
bedürfen der Zustimmung von(Dat.)....	wymagać przyzwolenia...
mehr als 165 Artikel wurden abgeändert, neu eingefügt oder aufgehoben	Więcej niż 165 artykułów zostało zmienionych, dodanych lub zniesionych
zu den wichtigen Änderungen zählen ...	do ważnych zmian zalicza się...
Wehrverfassung, die	ustawa o obronności
Notstand, der	stan wyjątkowy
(die) Rechnung (Dat.) tragen	wziąć (coś) pod uwagę
die zahlreichen Veränderungen der Zuständigkeiten von Bund und Ländern	liczne zmiany kompetencji federacji i landów (zw. z ustrojem RFN)
die Senkung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre	obniżenie wieku dot. aktywnego prawa wyborczego do 18 roku życia
Gewährleistung der Verfassungsbeschwerde	gwarancja skargi konstytucyjnej
Einsetzung der Wehrbeauftragten	powołanie pełnomocników ds. wojskowych
fortschreitende Auflösung der DDR	postępujący rozkład NRD(Niemieckiej Republiki Demokratycznej)
Wiedervereinigung, die	ponowne zjednoczenie
nach dem Grundgesetz	zgodnie z konstytucją
Es gab zwei Wege, die deutsche Einheit herzustellen	były dwie drogi utworzenia niemieckiej jedności
dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten	tu: podporządkować się zakresowi obowiązywania ustawy zasadniczej
(der) Beitritt zu(Dat.)	wstąpienie, przystąpienie do
gelten für(Akk.)	obowiązywać(kogoś, coś)
die verfassungsmäßige Grundlage für(Akk.) schaffen	stworzyć zgodną z konstytucją podstawę (dla czegoś)
die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union	członkostwo Niemiec w Unii Europejskiej
Hoheitsrechte auf die EU übertragen	przekazać prawo wykonywania władztwa nad państwem na UE
Artikel über die Bundesbank ergänzen	uzupełnić artykuły dotyczące Banku Federalnego
Aufgaben und Befugnisse der Bundesbank	zadania i uprawnienia Banku Federalnego
(etw.Akk.)beanspruchen	mieć roszczenie, wnioskować o....
die Unverletzlichkeit der Wohnung	nienaruszalność mieszkania
die Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen	Wspieranie równouprawnienia mężczyzn i kobiet

I. FRAGEN UND AUFGABEN ZUM TEXT:

- Was bedarf eine Änderung des Grundgesetzes ?
- Welche Änderungen werden zu den wichtigsten gezählt?
- Nennen Sie Möglichkeiten (dem Gesetz nach) der Herstellung der deutschen Einheit nach dem Jahr 1990!
- Auf welche Weise wurde das Grundgesetz nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit geändert ?
- Nennen Sie weitere Änderungen der Verfassung , die als Verfassungsreform genannt wurde!

II. ÜBUNGEN:

- Ergänzen Sie die fehlenden Wendungen!

Deutscher Bundestag

des Bundestages , der Name, Versammlungen , wichtigsten Aufgaben,
einen Beschluss fasst, unterschiedlichen Parteien ,

"Deutscher Bundestag" ist des deutschen Parlaments. Es arbeitet in der Hauptstadt Berlin. Die Mitglieder....., die Abgeordneten, werden für vier Jahre vom Volk gewählt. Die Volksvertreterinnen und Volksvertreter gehören an. Alle Abgeordneten, die derselben Partei angehören, sitzen bei des Bundestages in einer Fraktion zusammen, wenn Gesetze diskutiert und beschlossen werden. Zu den des Bundestages gehören die Wahl des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin , die Kontrolle der Regierung , die Gesetzgebung , die Mitwirkung bei der Wahl des Bundespräsidenten und die Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht . Wenn der Bundestag....., dann muss mindestens die Hälfte aller Mitglieder des Bundestages anwesend sein.

B. Setzen Sie ein!

bestimmt, die Chefin, gewählt, volljährig , die Regierung , die erste, Die Amtszeit

Bundeskanzler/in

Der Chef oder der deutschen Regierung heißt Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin. Er oder sie wird vom Bundestag Die Bundeskanzlerin bestimmt, welche Politik gemacht wird. Man sagt dazu auch, die Bundeskanzlerin die "Richtlinien der Politik". der Bundeskanzlerin dauert üblicherweise vier Jahre. Zur Bundeskanzlerin kann gewählt werden, wer ist. Die Bundeskanzlerin sucht die Ministerinnen und Minister aus, mit denen sie bildet. Diese werden dann vom Bundespräsidenten ernannt . Seit November 2005 ist Angela Merkel Bundeskanzlerin. Sie ist Frau, die in Deutschland dieses Amt innehaltet.

IV. Öffentliches Recht und Privatrecht

1. Einführung

Man teilt das Recht ein in die beiden großen Rechtsgebiete Privatrecht und öffentliches Recht. Das Privatrecht regelt die Rechtsbeziehungen der einzelnen Bürger zueinander.

Sein Kern ist das bürgerliche Recht, das im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) niedergelegt ist. Es enthält Regelungen für den bürgerlichen Alltag, zum Beispiel für Kauf und Verkauf, für Pacht, Leihe und Schenkung, für Eheschließung und Ehescheidung, für Unterhaltsansprüche und Vormundschaft, für Erbschaft.

Zum Privatrecht gehören auch das Handelsrecht, das nur unter Kaufleuten gilt, und das Arbeitsrecht, soweit es die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (mit Ausnahme der Beamten) umfasst, sowie das Urheber- und Patentrecht.

Das öffentliche Recht regelt die Beziehungen des Einzelnen zur öffentlichen Gewalt (Staat, Land, Gemeinde, öffentliche Körperschaft) und die Beziehungen der öffentlichen Gewalten zueinander, zum Beispiel zwischen Bund und Ländern. Zum öffentlichen Recht gehören das Verwaltungsrecht, das Straf- und Prozessrecht sowie das Verfassungsrecht, das Staatsrecht und das Völkerrecht.

Wortschatz:

unterteilt sein , werden	być , zostać podzielonym
Rechtsmittel, das	środek prawny
Berufung, die	odwołanie
eine gerichtliche Entscheidung anfechten	kwestionować , zaskarżyć, podważyć decyzję sądową
Nachprüfung durch ein höheres Gericht verlangen	domagać się ponownego zbadania przez sąd wyższej instancji
teilen in(Akk.)	dzielić na
Rechtsgebiet, das	obszar, dziedzina prawa
Privatrecht, das	prawo prywatne
öffentliches Recht	prawo publiczne
die Rechtsbeziehungen regeln	regulować stosunki prawne
Bürger, der	obywatel
das bürgerliche Recht	prawo cywilne
Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)	Niemiecki Kodeks Cywilny (obowiązuje od 1.01.1900)
Regelungen für etw.(Akk.) enthalten	zawierać regulacje dotyczące...
Kauf und Verkauf	kupno i sprzedaż
Pacht, die	dzierżawa
Leihe und Schenkung	użyczenie i darowizna
Eheschließung und Ehescheidung	zawarcie związku małżeńskiego i rozwód
Unterhaltsansprüche und Vormundschaft	roszczenia dotyczące alimentów i opieka(kuratela)
Erbschaft,die	dziedziczenie
gehören zu(Dat.)	należeć do, być zaliczany do
unter Kaufleuten gelten	obowiązywać wśród kupców, dotyczyć osób funkcjonujących zawodowo wg kodeksu handlowego
Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (mit Ausnahme der Beamten) umfassen	obejmować stosunki prawne pomiędzy pracodawcami i pracobiorcami(za wyjątkiem urzędników państwowych -mianowanych)
das Urheber- und Patentrecht	prawo autorskie i patentowe
die Beziehungen des Einzelnen zur öffentlichen Gewalt	Stosunki jednostki do instytucji władzy publicznej

das Verwaltungsrecht, das Straf- und Prozessrecht sowie das Verfassungsrecht, das Staatsrecht und das Völkerrecht	Prawo administracyjne, karne i procesowe, jak również prawo konstytucyjne, państwowie i międzynarodowe

I. FRAGEN UND AUFGABEN ZUM TEXT:

1. Wie wird das Rechtssystem geteilt?
2. Was regelt das Privatrecht und was das öffentliche Recht?
3. Erklären Sie den Namen des BGB? Wie wird hier das Wort bürgerlich verstanden?
4. Nennen Sie die Rechtsgebiete des Privatrechts.
5. Sind die Bereiche des öffentlichen Rechts der polnischen Einteilung ähnlich?

II. ÜBUNGEN:

A. Antworten Sie auf die Fragen zum Text Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)!

- Was wird im BGB festgelegt und geregelt?
- Wie wurde dieses Gesetzbuch gegliedert?
- Nennen Sie die einzelnen Teile des BGB-s!
- Wann trat dieses Gesetzbuch in Kraft?
- Wie erklären Sie die Bezeichnung bürgerlich? Antwort auf diese Frage gibt es nicht im Text.

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Viele Bereiche unseres Lebens sind durch Gesetze geregelt. Ob es sich dabei um Kaufverträge handelt oder um Schulden, um Mietprobleme oder um Erbschaften - all das ist im Bürgerlichen Gesetzbuch, das kurz BGB genannt wird, geregelt. Vereinfacht gesagt sind dort die Rechte und Pflichten der Bürger untereinander festgelegt.

Das BGB ist in fünf Teile gegliedert. Im Allgemeinen Teil findet man grundsätzliche Regelungen zum Beispiel darüber, wann jemand geschäftsfähig ist oder was beachtet werden muss, wenn man einen Vertrag schließen will. Im zweiten Teil geht es um die Rechte und Pflichten von Gläubigeren und Schuldner, das heißt, welche Rechte habe ich beim Kauf oder Verkauf von Sachen, welche Regeln gelten, wenn ich Mieter oder Vermieter bin, was muss ich bedenken, wenn ich mir Geld leihe. Im dritten Teil werden die Fragen behandelt, die mit Eigentum und Besitz zu tun haben. Im vierten Teil, dem Familienrecht, werden die rechtlichen Beziehungen zwischen Eltern, Kindern und Verwandten geregelt. Im letzten Abschnitt schließlich, dem Erbrecht, geht es um die Frage, wer was und wieviel erben kann.

Das BGB gibt es schon seit mehr als 100 Jahren. Weil sich unsere Vorstellungen von dem, was zeitgemäße Regeln sind, im Laufe der Zeit immer wieder ändern, wird auch das BGB immer wieder der modernen Zeit angepasst.

2. Zweige der Gerichtsbarkeit

Die Recht sprechende Gewalt ist in der Bundesrepublik Deutschland in fünf selbstständige Gerichtszweige gegliedert, die mit den Begriffen "ordentliche" und "besondere Gerichtsbarkeit" unterschieden werden.

Die "ordentliche Gerichtsbarkeit" umfasst die Zivil- und Strafgerichte, zur "besonderen Gerichtsbarkeit" zählen Verwaltungsgerichte, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte und Finanzgerichte.

Die Bezeichnung "ordentliche Gerichtsbarkeit" erklärt sich historisch daraus, dass früher nur die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit mit unabhängigen Richtern besetzt war. Dagegen wurde die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit von weisungsgebundenen Beamten ausgeübt. Dies änderte sich mit dem Gerichtsverfassungsgesetz von 1877. Die Artikel 92 und 97 GG geben der richterlichen Unabhängigkeit Verfassungsrang.

Wortschatz:

gegliedert in(Akk.) sein, werden	być ,zostać podzielonym na
fünf selbstständige Gerichtszweige	pięć samodzielnych dziedzin(gałęzi)prawa
"ordentliche Gerichtsbarkeit"	sądownictwo powszechnie
"besondere Gerichtsbarkeit"	sądownictwo szczegółowe
mit den Begriffen "ordentliche" und "besondere Gerichtsbarkeit" unterschieden werden	być rozróżnianym jako pojęcie sądownictwo „powszechnie” i „szczególne”
die Zivil- und Strafgerichte	sądy cywilne i karne
mit unabhängigen Richtern besetzen	być obsadzonym niezawisłymi sędziemi
von weisungsgebundenen Beamten ausgeübt werden	być wykonywanym przez urzędników w hierarchicznie zorganizowanej instytucji (wykonywanie poleceń wynikających z umowy o pracę)
ändern sich mit(Dat.)	zmieniać się wraz z....
richterliche Unabhängigkeit	niezawisłość sędziowska
GG(das Grundgesetz)	ustawa zasadnicza

I. FRAGEN UND AUFGABEN ZUM TEXT:

1. Auf welche Weise wird die Gerichtsbarkeit in der BRD gegliedert?
2. Was umfasst die ordentliche Gerichtsbarkeit?
3. In welchen Artikeln des Grundgesetzes wird die richterliche Unabhängigkeit verankert?
4. Erklären Sie die Abkürzung: GG !

II. ÜBUNGEN:

A. Ordnen Sie ein!

- a) Die Gerichtsbarkeit der Welt – und europäischen Gemeinschaft,
- b) Begriffserklärung,
- c) Bereiche der Gerichtsbarkeit.

1)	2)	3)

Gerichtsbarkeit

- 1) Mit diesem Begriff bezeichnet man alles, was Gerichte tun, um sicherzustellen, dass die Regeln des Rechtsstaates durchgesetzt werden. Zur Gerichtsbarkeit gehören die Gerichte selbst und die Personen, die dort im Sinne des Rechtsstaates handeln. Dazu gehören Richterinnen und Richter, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Notare und andere mehr.
- 2) Es gibt verschiedene Bereiche, für die die Gerichte zuständig sind, deswegen spricht man auch von unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten. Beispielsweise gibt es Gerichte, die sich um die Aufklärung von Straftaten kümmern. Das ist die Strafgerichtsbarkeit. Es gibt Gerichte, die Finanz- und Steuervergehen aufklären sollen, das ist die Finanzgerichtsbarkeit. Zur Verfassungsgerichtsbarkeit gehören die Gerichte, die unter anderem Fragen nach der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen klären.
- 3) Es gibt auch eine europäische Gerichtsbarkeit. Der Europäische Gerichtshof prüft zum Beispiel, ob neue Entscheidungen und Beschlüsse gegen die Gesetze der EU verstößen. Einen besonderen Rang nimmt die Gerichtsbarkeit der Weltgemeinschaft ein. Vor Internationalen Strafgerichtshöfen der Vereinten Nationen wurden Anklagen wegen Völkermordes in Ruanda im Jahre 1994 oder wegen des Massakers von Srebrenica (1995) erhoben.

3. Bundes- und Landesgerichte

In allen Gerichtszweigen gibt es jeweils Gerichte der Länder und des Bundes. Innerhalb der einzelnen Gerichtszweige bestehen mehrere Instanzen, das sind Stufen des gerichtlichen Verfahrens, die einander übergeordnet sind. In der Regel gibt es drei Instanzen, die ersten beiden sind Gerichte der Länder, die oberste Instanz ist ein Bundesgericht.

Die Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind Amtsgerichte, Landgerichte, die je nach Bedeutung eines Falles erste oder zweite Instanz sein können, Oberlandesgerichte und der Bundesgerichtshof.

Die Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit ist dreistufig, die Finanzgerichtsbarkeit zweistufig. Die obersten Instanzen sind das Bundesverwaltungsgericht, das Bundesarbeitsgericht, das Bundessozialgericht und der Bundesfinanzhof.

Für Streitigkeiten bei der gewerblichen Nutzung von Patenten, die für Erfindungen beim Bundespatentamt beantragt und erteilt werden können, ist ein Bundesgericht, das Bundespatentgericht, eingerichtet.

Eine Sonderstellung nimmt die Verfassungsgerichtsbarkeit ein.

Wortschatz:

Stufen des gerichtlichen Verfahrens	stopnie (instancje, poziomy) postępowania sądowego
einander übergeordnet sein, werden	być w stosunku do siebie nadzędnym (zwierzchnictwo)
die oberste Instanz ist ein Bundesgericht	instancją najwyższą jest sąd federalny
Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte	hierarchia sądów od najniższego do najwyższego (Niemcy)
Bundesgerichtshof, der	Federalny Sąd Najwyższy
Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit(die)	sądownictwo administracyjne, pracy i spraw społecznych
dreistufig	trzystopniowy
Streitigkeit, die	spór
gewerbliche Nutzung von(Dat.)	wykorzystanie przemysłowe
Die Patente können bei... beantragt und erteilt werden	patenty mogą być zgłoszane i udzielane w...(o patenty można wnioskować i mogą one być udzielane w.../przez...)
eine Sonderstellung einnehmen	zajmować szczególne miejsce

I. FRAGEN UND AUFGABEN ZUM TEXT:

1. Nennen Sie die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Deutschland! Wofür sind sie zuständig?
2. Welche Gerichtsbarkeit ist zwei- und welche dreistufig?
3. Wofür wurde das Bundespatentgericht eingerichtet?
4. Vergleichen Sie die Arten der deutschen und polnischen Gerichtsbarkeit (dem Gesetz nach)!

II. ÜBUNGEN:

A. Beschreiben Sie das Verfahren in Zivil- und Strafsachen (versuchen Sie ein Schema zu zeichnen)! Welche Aufgaben hat der Richter(die Richterin) in einem Gerichtsverfahren?

Gericht

Wenn mich jemand verletzt, betrügt, beleidigt oder mir sonst wie Schaden zugefügt hat, kann ich bei einem Gericht dagegen klagen.

Ein Richter oder eine Richterin werden in einem Gerichtsverfahren feststellen, ob derjenige, den ich verklagt habe, gegen ein Gesetz verstoßen hat. Wenn die Klage begründet ist, verkündet der Richter oder die Richterin in einem Urteil, wie der Beklagte den Schaden wiedergutmachen muss.

Wenn der Beschuldigte gegen ein Strafgesetz verstoßen hat, weil er mir zum Beispiel mein neues Fahrrad mit Gewalt weggenommen und mich dabei auch noch schwer verletzt hat, muss ich zunächst eine Strafanzeige bei der Polizei stellen. Dann übernimmt eine Staatsanwältin oder ein Staatsanwalt die Anklage vor dem Strafgericht. Der Beschuldigte heißt dann vor Gericht "Angeklagter" und wird, wenn er schuldig ist, zu einer Strafe verurteilt. Zu seiner Verteidigung bekommt er eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, die darauf achten müssen, dass das Gericht ihn nicht verurteilt, wenn seine Schuld nicht eindeutig bewiesen werden kann. Dann nämlich muss der Angeklagte freigesprochen werden.

B. Verbinden Sie Wendungen sinngemäß! Beispiele finden Sie im Text.

eine Strafe , aus Richtern und Schöffen, ein Verbrechen, das Urteil, aus Berufen, Entlastungsgründe ,für den Gerichtsprozess, das Urteil, die Gesetze, die Meinung

..... verkünden,

..... vorgeben,

..... verkünden,

..... vorliegen,

..... gelten,

..... kommen ,

..... fällen,

..... über,

..... vorwerfen,

..... aussprechen.

Wenn dem Angeklagten ein Verbrechen, zum Beispiel ein schwerer Raub oder sogar die Tötung eines Menschen vorgeworfen wird, für das eine hohe Strafe ausgesprochen werden kann, dann besteht das Strafgericht aus Richtern und "Schöffen". Die Schöffen sind keine Berufsrichter, sondern kommen aus anderen Berufen. Gemeinsam mit den Richtern fällen die Schöffen das Urteil.

Die Verhandlung darüber, was tatsächlich passiert ist, ob der Angeklagte schuldig ist und welche Entlastungsgründe eventuell vorliegen, nennt man Gerichtsprozess. Verkürzt spricht man oft auch nur von "Prozess". Für einen Gerichtsprozess gelten genau festgelegte Regeln. Am Ende eines Prozesses wird das Urteil verkündet, das immer mit dem Satz beginnt: "Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil ...". Mit diesem Satz wird ausgedrückt, dass die Richter nicht ihre eigene Meinung, sondern nur das verkünden dürfen, was die geltenden Gesetze vorgeben.

Ćwiczenia na licencji Creative Commons



dr Barbara Skoczyńska-Prokopowicz